

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen. Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf. Bei allen wirtsch. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbortortverkehr vierteljährlich M. 1.35, ununterbrochen M. 1.35, dazu Postgebühr 30 Pf. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad. Verlautungungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle u. während der Saison mit amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Auswärtige 10 Pfg., die kleinspaltige Garmondzeile. Kennzeichen 15 Pfg. die Zeile. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Phonemonds und Nebereinkant. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbau.

Nr. 291

Freitag, den 12. Dezember 1913.

30. Jahrg.

Deutsches Reich. Deutscher Reichstag.

W. Berlin, 10. Dezember.

Am Bundesrat: Staatssekretär Dr. Bisco, Präsident Dr. Kömpf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 18 Min. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Frage, ob die in die Wahlliste eingetragenen Wähler bei einer Nachwahl zur

Ausübung des Wahlrechts

auch dann berechtigt sind, wenn sie inzwischen ihren Wohnort verlegt haben. Die Kommission beantragt die Frage zu bejahen und dies dem Reichstanzler zur Kenntnis zu bringen. Abg. Dr. Krenndt (Npt.): Prinzipiell mag man zugucken, daß es eine Härte ist, zwischen Haupt- und Nachwahl zugelassenen Wählern nicht das Wahlrecht in dem betreffenden Kreise zu geben. Dieses prinzipielle Bedenken dürfte aber nicht zu einer Änderung einer gesetzlichen Vorschrift führen. Ich beantrage diesen Bericht zu einer gründlichen Durchberatung einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Abg. Dr. von Seitz (Nomi.): Die Ministerpflicht in der Kommission der H. auf den fundamentalen Grundtag des Gesetzes gestellt, daß niemand, der zur Zeit der Wahl, d. h. in dem Augenblick, wo er seine Stimme abzugeben hat, seinen festen Wohnort hat, nicht zur Wahl zugelassen werden darf. Diesen Grundtat will die Kommissionmehrheit umstoßen. Einer von Kommissionsberatern stimmt mit mir. Ministerialdirektor Dr. Bisco: Was ein Wähler sein Wohnort nun ändern darf, wenn er in dem betreffenden Wahlkreis auch seinen Wohnort hat, ist nach wie vor die Aufgabe des Reichstanzlers. Abg. Dr. Faaßke (Npt.): Es handelt sich um Änderung einer grundsätzlichen Frage und das geschieht besser in der Kommission als im Plenum. Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Ein internationales Übereinkommen betr. Maßregeln betr. Pest, Cholera und Gelbfieber wird in erster und sofort auch in zweiter Lesung angenommen. Es folgt die erste Beratung des Antisarwengesetzes. Herrmann beantragt die Bewilligung von 600 000 Mark als erste Rate für die Beteiligung des Reiches an der

Weltausstellung in San Francisco.

Abg. Dr. Krenndt (Npt.): Die Weltausstellungen haben sich überlebt. Die Ausstellungen gehören der Zukunft. Die hauptsächlich in Frage kommenden Industriezweige haben eine Beteiligung abgelehnt. Ich bitte um Ablehnung des Gesetzesentwurfes. Abg. Dr. Faaßke (Npt.): Ich bitte um Überweisung an die Budgetkommission. Das Haus beschließt, den Entwurf an die Budgetkommission zu überweisen. — Darauf wird die

Beratung des Etats

woigeht. Es erscheinen im Saal: Reichstanzler Dr. v. Bethmann-Dollweg, Finanzminister v. Helfferich, sowie die Staatssekretäre Dr. Leibnitz, v. Jagow, Kräfte, Kühn und Dr. Doll.

Abg. Graf Beckarp (Nomi.): Es ist anzugeben, daß ohne den wirtschaftlichen Aufschwung, den Deutschland genommen hat, die Finanzen sich nicht so hätten entwickeln können, wie sie es

gestan haben. Andererseits aber steht fest, daß ohne die durchgreifende Finanzreform von 1909 auch nicht annähernd ein derartiges Ergebnis erzielt worden wäre. Die Rakoffa- und die Balkankrise hätte das Deutsche Reich nicht so überleben können, wenn es nicht gesunde Finanzen gehabt hätte. In dem vorliegenden Etat spielen der enorme Bedarf für die Wehrvorlage und die Besitzsteuer die Hauptrolle. Die Reichsmetzschwachsteuer ist nach unserer Auffassung nur der erste Schritt auf dem Wege zur direkten Reichsteuer, dessen Inhalt mit aufs entschiedenste bekämpfen. (Beano rechts.) Die für den Wehrbeitrag erhobenen Beträge dürfen nicht für andere Zwecke verwendet werden, insbesondere dürfen auf Grund etwaiger Ueberüberschüsse nicht neue Küstungsfordernngen erhoben werden. Während der vergangenen Balkankrisen hat Österreich an seine Eroberungspolitik gedacht. Ein selbständiges Albanien war auch unser Wunsch. In der Balkankrisis berühren uns hauptsächlich wirtschaftliche Interessen. Wir wünschen, daß die Türkei ihre Selbstständigkeit behält und begreifen es, daß wir in unserer Politik gegenüber der Türkei mit Rücksicht übereinstimmen. Auch für die Verhandlungen mit England und Frankreich betreffend unsere wirtschaftlichen Interessen im Orient haben wir volles Verständnis. Bezüglich der Haberner Angelegenheit ist nicht richtig, daß das ganze Volk hinter dem Botum des Reichstages steht. Sehr weite und wertvolle Volksteile sind unserer Ansicht. (Sehr richtig.) Wir wissen dem Reichsmetzschwach Dank für den Standpunkt, den er in der Haberner Angelegenheit eingenommen hat. (Beif. Beifall rechts, Plurale bei den Soz.) Wenn Sie mich auch mit Entschiedenheit beschimpfen, so ist mir das ganz gleichgültig. (Beif. Beifall links.) Wenn ich möchte, wie die Wehrfrage gemacht ist, würde ich die Verfassenden zur Ordnung rufen! Infolge der Besetzung des Militärs von Habern legen wir uns Zurückhaltung auf, da es sich um eine Wohnnahme des Oberbereichs handelt, kritischer müssen wir aber das Verhalten der Zivilverwaltung. (Sehr richtig rechts.) Das Telegramm des Staatssekretärs Jörn von Buloz an den Postminister und noch mehr seine Besprechung mit dem Reichstanzler der Vorposten waren nicht am Platze. Der Reichsdirektor von Habern hat die Vorkommnisse als regelrechte Ueberlieferung gewisser Bevölkerungsteile gekennzeichnet. Waspaß ist ihm diese Erkenntnis nicht früher gekommen? Welche vaterländische Kreise bestreiten, daß der bisherige Weg nicht dazu führt, Staat-Vorbringen dem deutschen Vaterland anzugleichen. Durch die Verhandlungen in der vorigen Woche hat nur das Ansehen des Reichstages gelitten, nicht nur in unserem Volk, sondern auch im Ausland. (Sehr richtig rechts, Jura bei den Soz.) Der Beschluß des Reichstages hat staatsrechtlich keine Bedeutung. Der Bundesrat kann nicht zu ihm Stellung nehmen. Mit unserem Antrag auf Schutz der Reichstagswilligen treiben wir Mittelstands-politik. Ohne Verbot des Streikpolenstehens kann dem Uebel des sozialdemokratischen Terrorismus nicht abgeholfen werden und ohne ein juristisch festes Verbot des sozialdemokratischen Terrorismus müssen wir in eine ernste Zukunft blicken. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Kühn: Graf Beckarp hat die Wirkung der Wehrvorlage als Beschleuniger kritisiert. Junachsteuer und Wehrbeitrag können eng zusammen. Derin hat der Bundesrat recht, daß der Bundesrat den Wehrbeitrag nicht zu einer dauernden Entlastung machen soll.

Ich unsere von Charleroi kommenden Truppen in der dortigen liegenden Ebene; Infanterie und Kavallerie, alles zog sich nach dieser Seite, das ganze Vandamme'sche Korps und die Gerard'sche Division. Laufend und abertausend Helme glänzten in der Sonne. Dusch sagte: „Oh! ... oh! ... oh! ... schau, Joseph, schau, es kommen immer noch mehr!“

Angehörige Reihen von Bajonetten tauchten in derselben Richtung auf, so weit man sah.

Die Preußen entwickelten sich mehr und mehr auf der hinter den Dörfern liegenden Anhöhe, wo verschiedene Windmühlen standen.

Diese Bewegungen dauerten bis acht Uhr, niemand hatte Hunger, man aß aber gleichwohl, damit man sich nicht vorzuerziehen hatte, denn wenn einmal die Schlacht begonnen hat, muß man aushalten, und wenn's zwei Tage lang dauert.

Zwischen acht und neun Uhr rückten auch die ersten Bataillone unserer Division aus dem Wald hervor, die Offiziere kamen und schüttelten ihren Kameraden die Hand, aber der Generalstab blieb noch hinten.

Pidgisch sahen wir Husaren und Jäger vorüber reiten und unsere Schlachtlinie nach rechts hin verlagern; es war die Kavallerie Morin. Wir begriffen rasch, daß, sobald der Sturm auf Saint Amand losgehen, und die Preußen ihre ganze Macht nach jener Seite hin werfen werden, wir ihnen von Digny her in die Flanke fallen sollten. Aber die Preußen merkten es auch, denn von jetzt an marschirten sie nicht mehr nach Saint Amand, sondern machten in Digny Halt, sie gingen sogar weiter den Abhang herunter und man sah deutlich, wie ihre Offiziere die Soldaten hinter Deden, in den Gärten, hinter kleinen Häusern und Gebäuden aufstellten. Man fand, daß ihre Stellung sehr fest war. Sie führten fort, in einem Einschnitt zwischen Digny und Fleuras herabzukommen, was uns sehr Wunder nahm, denn wir wußten noch nicht, daß weiter unten ein Bach läuft, welcher das Dorf in zwei Hälften teilt, und daß sie eben im Begriff waren, die Häuser auf unserer Seite zu besetzen; wir wußten noch nicht, daß wenn wir auch so glücklich waren, sie zu werfen, ihnen immer noch der Rückzug nach der Höhe offen stand, während wir ununterbrochen ihrem Feuer ausgesetzt waren.

Wenn man bei dergleichen Anlässen alles wußte, würde man gar nie wagen, anzufangen, weil man keine Hoffnung hätte, ein so gefährliches Unternehmen auszuführen; aber man entdeckte die Dinge nur nach und nach, und an diesem

Abg. Dr. Diemer (Fortf. v. 9.):

Der Abgeordnete Graf Beckarp fragt, welche Auslegung wir dem Beschluß vom 4. Dezember geben. Wie werden in der Beurteilung dieses Beschlusses ab von den Ausführungen der Redner des Zentrum und der Nationalliberalen, die nicht wagen, Forderungen zu ziehen. Herr Seidemann hat gemeint, ein Zusammenarbeiten mit dem Reichstanzler o. Bethmann-Hollweg sei von jetzt an unmöglich. Der Reichstanzler hat erklärt, er denke nicht an die Demission. Da müßte eigentlich die Sozialdemokratie die Konsequenz ziehen und ihre Arbeit einstellen, was noch richtiger wäre als das Streifen in der Küstungs-kommission! (Sehr richtig!) Im übrigen hat die Sozialdemokratie auch sonst den Etat abgelehnt. Da Ablehnung des Etats jetzt wird der Reichstanzler also ruhig hinnehmen können, denn diese Ablehnung ist kein besonderer Strafakt gegen den Reichstanzler. (Sehr richtig! links.) Bei der Polen-Interpellation war auch eine Verleumdung gegen den Reichstanzler vorhanden, die Sozialdemokratie hat aber nicht verlangt, daß der Reichstanzler zurücktrete, sie hat im Gegenteil dem Reichstanzler die Mittel bewilligt zur Durchführung der Heeresvorlage. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Wir können uns nicht der Auffassung anschließen, daß das Botum vom 4. Dezember eine Aufwallung des Augenblicks gewesen ist und ohne politische Bedeutung sei. Ich muß unserem Befremden Ausdruck geben, daß der Reichstanzler sich gestern bemüht hat, die politische Bedeutung dieser Kundgebung des Reichstages möglichst herabzusetzen. Der Reichstanzler tritt sich, wenn er glaubt, daß dieser Beschluß nur die harmlose Bedeutung habe, daß der Reichstag lediglich eine Erklärung der Stimmen habe vorzunehmen wollen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Der Reichstanzler hat eine überflüssige starke Haltung betreten, während doch sonst die Haltung der Regierung an Schwachheit nichts zu wünschen übrig läßt. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Der Reichstanzler hätte doch wirklich seinen Anlaß, den Beschluß des Reichstages herabzusetzen! Der Reichstanzler tritt sich auch in der Bewertung der Abänderung der Geschäftsordnung. Seine Worte waren richtig, aber er hat damit nicht die politische Bedeutung der Abänderung der Geschäftsordnung erschöpft. Wir haben eine Wirkung nach Außen beabsichtigt. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Auch wir haben gewollt, daß es so kommen soll, daß der Reichstag mit seinem Beschluß nach einer Interpellation ein Urteil ausspricht. Die Vertreter der Regierung haben sich gemäß bemüht, die Sache so klein wie möglich zu gestalten. Auch in einem nicht parlamentarisch regierten Staatswesen muß ein Urteil von einer so großen Reichweite Wirkung haben, weil es die Autorität vor dem Volke beeinträchtigen muß. Wir haben unsere Auffassung nicht geändert und wir wollen auch eine Verklärung der Rechte des Parlaments! (Beif. Zustimmung links.) Das haben wir immer ausgesprochen, daß wir nicht die Abneigung gegen das parlamentarische Regime teilen. Wir halten ein parlamentarisches Regime immer noch für besser als den

Scheinkonstitutionalismus mit der Herrschaft der Junker!

(Sehr richtig! links.) Verfassungsmäßig trifft es zu, daß der Reichstanzler keinen Anlaß hat, zurückzutreten, wenn das Mißtrauensvotum ausgesprochen wird. Ob der Reichstanzler

Tage müßten wir deren viele entdecken, auf die wir nicht gefaßt waren.

Gegen halb neun Uhr hatten mehrere unserer Regimenter den Wald passiert, bald darauf schlug man zum Appell; sämtliche Bataillone ergrieffen das Gewehr. Der General Graf Gerard kam mit seinem Generalstab, sie ritten im Galopp bis auf die Höhe oberhalb Fleuras, ohne uns zu beachten.

Gleich darauf nahm das Schießen seinen Anfang; Blücher vom Vandamme'schen Korps näherten sich dem Dorf zur Linken; zwei Stüke Geschütz von der reitenden Artillerie rückten ebenfalls vor, sie taten fünf oder sechs Schüsse vom Hügel herab, dann hörte das Schießen auf, unsere Blücher waren in Fleuras, und wir sahen drei- oder vierhundert Preußen wieder die Anhöhe hinauf Digny zu marschieren. General Gerard beobachtete dieses Scharmägel, dann kam er mit seinen Ordnungsoffizieren zurück, ritt langsam die Front unserer Bataillone entlang und mußerte uns mit Aufmerksamkeit, als ob er den Ausdruck unseres Gesichtes erforschen wollte. Er war brünett und mochte fünfundsiebzig Jahre alt sein; er hatte einen großen Mund, spitze Kinn, und dicken Kopf, viele unserer Bauern gleichen ihm, die nicht die dämlichsten sind. Er sagte nichts zu uns, und als er die ganze Front von oben bis unten abgeritten hatte, versammelten sich sämtliche Majore und Oberjäten auf dem rechten Flügel; man kommandierte: „Gewehr bei Fuß!“ Die Ordnungsoffiziere flogen davon wie der Wind, sonst war nichts zu sehen. Niemand rührte sich von der Stelle. Nur das Geschütz verbleibete sich, daß Marschall Grouchy den Oberbefehl habe, und der Kaiser die Engländer vier Stunden weiter weg, auf der Straße nach Brüssel, angreife. Diese Nachricht war uns nicht erfreulich, gar mancher meinte:

„Da ist's kein Wunder, wenn wir den ganzen Morgen da stehen, ohne etwas zu tun, wenn der Kaiser bei uns wäre, hätte die Schlacht längst begonnen; die Preußen hätten keine Zeit gehabt, sich zu besinnen.“

Das waren so die Reden, die es abgabte, ein Beweis, wie ungerecht die Leute urteilen, denn drei Stunden später, gegen Mittag, erhob sich plötzlich links der tausendstimmige Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ Napoleon kam. Der Ruf kam näher wie ein Sturm und legte sich fort bis gegen Grouchy; man fand jetzt alles gut; was man dem Marschall Grouchy vortrug, buzte der Kaiser wohl tun, weil er's war.

Fortsetzung folgt.

In jedem Alter glauben wir notwendig zu sein und sehen die Vernunft des verflohenen Alters als Leidenschaft an. Ludw. Börne.

Ein Rekrut von Anno 13.

Von Erdmann Charrian.

Autorisierte Uebersetzung von Ludwig Hau.

(Nachdruck verboten.)

Wenig als zwanzig Rekruten hatten sich um uns herum gemammelt. Immer noch kamen Reiter aus dem Wald. „Ich weite,“ sagte Corporal Riehm, „daß das vierte Korps hinter uns seit dem frühlichen Morgen auf dem Marsche ist.“ Und Rabot fügte hinzu, es werde wegen der kühlen Wege im Wald so rasch nicht in die Schlachtlinie einrücken können.

Wir standen da wie Generale, die mit einander besaßen, und betrachteten uns auch die Stellung der Preußen rings um die Dörfer, in den Gärten und hinter den Heden, welche in dieser Gegend sechs bis sieben Fuß hoch sind. Eine große Anzahl ihrer Geschütze waren zwischen Digny und Saint-Amand aufgestellt; man sah das Metall ganz deutlich in der Sonne glänzen, wobei man sich allerdings Gedanken machte.

„Ich bin überzeugt,“ sagte Zebedäus, „daß sie sich überall verchanzt, daß sie Gräben gezogen, Böcher in die Mauern gemacht haben und daß man wohl daran hätte, gestern Abend beim Rückzug ihres Kartes bis zum ersten Dorf auf dem Hügel vorzurücken. Wenn wir in gleicher Höhe mit ihnen ständen, so wäre alles gut, aber unter dem feindlichen Feuer über die Heden zu klettern, das kostet Leute, wenn nicht irgend was von hinten her kommt, wie das so des Kaisers Art ist.“

Auf allen Seiten plauderten so die Alten, und die Rekruten hörten zu.

Zwischen ihnen hing die Kugel über dem Feuer, wobei es allerdings ausdrücklich verboten war, die Bajonette zu besetzen, welche dadurch leicht werden.

Es mochte sieben Uhr sein; jedermann glaubte, die Schlacht werde bei Saint-Amand stattfinden, demjenigen der drei Dörfer, das am nächsten zu unserer Linken lag, umgeben von Heden und dichtbelaubten Bäumen, mit einem großen runden Turm in der Mitte, dahinter weiter oben andere Häuser und ein im Hintergrund hinlaufender, mit Feldmauern eingezäunter Weg. Sämtliche Offiziere sagten, hierher wird sich das Haupttreffen ziehen. Deshalb entwickelten



... damit handelt, ist eine andere Frage. Fürst Bälou hat die Konzeption bei der Ablehnung der Erblichkeitssteuer gezogen: wir haben ihm damals oft befunden, daß er wie ein parlamentarischer Staatsmann gehandelt hat und daß wir das begriffen. Das parlamentarische Regime setzt voraus, daß die Parteigefaltung im Lande sich entsprechend vollzieht. Diese Forderung setzt voraus, daß die Parteien, die der Regierung das Vertrauen befehlen, gehalten sind, die Verantwortung zu tragen, und die Regierung zu übernehmen. Da weiß ich nicht, ob die Sozialdemokratie jetzt bereit ist, die Regierung zu übernehmen. (Sehr richtig!) Herr Frank nicht; er steht gewiß auf dem Standpunkt, daß er die Regierung übernehmen müsse. Aber Herr v. Lützow und Herr v. Kautsky sind anderer Meinung; sie fürchten sich, die Regierung zu übernehmen. (Sehr richtig!) Bei der Volkspartei. Seit der Antwort des Reichstages über die Vorgänge in Javern hat sich allerdings manches geändert. Aus der Presse haben wir mancherlei erfahren, aber was wir wissen, haben wir eben aus der Presse erfahren: der Reichstagsrat hat es nicht für nötig gehalten, uns Auskunft zu geben! (Sehr richtig! links.) Das Regiment wird von Javern verlegt und es wird gesagt, das sei eine Strafe für die Soldaten. Wenn man den Leutnant v. Korfner und den Obersten v. Reuter rechtzeitig zurückgewiesen hätte, dann wäre diese Verlegung nicht nötig gewesen, aber die Verlegung kann zur Folge haben, daß die Verfassung wieder schwand. Bisher war das Verhältnis zwischen Bürgerrecht und Militär in Javern durchaus gut. Wir nehmen an, daß die Verlegung des Regiments nur eine vorübergehende Maßnahme sein wird; die Regierung wird sich hoffentlich bald nach Wiederentzügen der Ruhe dazu entschließen, das Regiment nach Javern zurückzuführen. Wir wünschen dann weiter, daß die Rekruten, gerade die ein Verfahren eingeleitet ist, möglichst milde Richter finden mögen. Wir begrüßen es dann, daß eine strengere Beachtung der Verfassung in Zukunft erfolgen soll. Der Streit, ob es heißt: „strenge“ oder „strengere“ Handhabung, ist müßig; wir würden am liebsten den Superlativ wählen und sagen: strengste Handhabung! (Sehr richtig! links.) In die Kritik der Justizgewalt können wir nicht ein. Herr Graf Westarp sagte: Wenn ich dagegen wäre, Hummelbeinewetter. (Große Heiterkeit.) Mit Ihrem Hummelbeinewetter, Herr Graf Westarp, hätten Sie den Wölfen nur wenig imponiert! (Lebhafte Zustimmung links.) Die Aufstände sind dort anders als in Ostpreußen, wo die Landräte des Regiments führen. (Sehr richtig! links.) Herr Graf Westarp hat freilich von dem Herrn v. Baloch gesprochen und gemeint, die Entfernung sei zu weit geworden: „vielleicht empfiehlt es sich, daß der Statthalter und der Staatssekretär von Elbshofen hier und da nach Berlin kommen und Konversationsstunden mit Herrn Graf Westarp über konervative Politik nehmen.“ (Große Heiterkeit.) Mit unserem Votum haben wir beabsichtigt, daß wir Verlegungen der Verfassung nicht dulden wollen, und wie verlangen eine Sühne für die Verfassungsverstöße, die in Elbshofen festgefesselt worden sind! (Sehr richtig! links.) Den Einfluß der Reinen konservativen Kreise will ich nicht unterschätzen, aber Herr Graf Westarp hat keine Veranlassung, stolz darauf zu sein, daß diese Kreise sich absetzt gehalten haben, als der Reichstag sein Urteil gegen Gesetzesverletzungen aussprach! Herr Graf Westarp hat mit großer Schmeichelei ein Loblied gesungen auf die Militärs, die die Gesetzesbestimmungen nicht beachtet haben, und selbstverständlich hat er auch den Kriegsminister gelobt als Mann, der ein Mann ist. Selbstverständlich hat das Militär seine Ehre zu wahren, wir können aber

keine Verschiedenheit zwischen militärischer und bürgerlicher Ehre

anerkennen! (Sehr richtig! links.) Die Wahrung militärischer Ehre hat auf dem Boden der Gerechtigkeit zu erfolgen. Herr Graf Westarp hat einen sehr schönen Rechtslehre zitiert; der lebende Staatsrechtler Professor Anschütz hat von einem „militärischen Willkürakt“ gesprochen! (Sehr richtig! links.) Wir protestieren gegen die Art und Weise, wie hier ein Vertreter der konservativen Partei vorgekommene Gesetzesverletzungen entschuldigend und beschönigt, und wie hoffen, daß ähnliche Ausführungen entschlossenen Widerstand bei der großen Mehrheit finden werden! (Lebhafte Zustimmung links.) Graf Westarp wollte „das Ansehen des deutschen Reichstages“ in Schutz nehmen. Es wäre nicht wohlgeboten, den Schand des Reichstages den konservativen Herren zu überlassen, die aus ihrer Konzeption gegen den Reichstag kein Verbot gemacht haben! (Lebhafte Zustimmung links.) Graf Wangenheim hat von der „Aube“ mit Bezug auf den Reichstag gesprochen. Wir begrüßen es im Gegenteil, daß der Reichstag rechtverdienende Willkürakte zurückgewiesen hat und die Wahrung der Verfassung verlangt hat. Das Ansehen des deutschen Volkes hat im Ausland nicht gelitten; es ist durch den Beschluß des Reichstages dieses wieder gut gemacht worden! (Sehr richtig! links.) Redner behandelte weiterhin die Zustimmung seiner Partei über die Regelung der braunschweigischen Frage. Da sich die Zustimmung nicht erklärte, Westenburg durch eigenen Beschluß eine Verfassung zu geben, so muß der Bundesrat dazu dienen, auf dem Wege der Reichsentscheidung endlich eine Verfassungsreform durchzuführen. Wenn nicht Kasparyn in den nächsten Jahren hinzutreten — ich weiß nicht, wie der Marinekaufmann denkt — so werden wir zu ähnlichen Finanzen auch in den nächsten Jahren kommen. Wir halten daran fest, daß eine internationale Verständigung in der Frage der Einschränkung der Rüstungen herbeigeführt werden muß. Was die wirtschaftliche Lage Deutschlands betrifft, so ist eine rückwärtige Konjunktur unvermeidbar. Die Schuld daran trifft ganz wesentlich die preussische Eisenbahnverwaltung. Die Eisenindustrie leidet darunter, daß sie sich nicht auf große Staatsbestellungen einrichten kann. Die Reichsbahn sollte bei ihrem großen Geldbedarf dazu übergehen, den Diskont zu ermäßigen. Dem Grafen Westarp muß ich das Recht bestreiten, namens des Mittelstandes zu sprechen, wenn er eine Verschärfung des Arbeitswillens verlangt. Hinsichtlich der neuen Handelsverträge wäre es ein großer Fehler, wenn die Regierung auf Drängen der Rechten einen Rational- und einen Minimaltarif vorlegen würde. Wir begrüßen die bevorstehende Reform des diplomatischen Dienstes und verlangen, daß die Diplomaten eine mehr volkswirtschaftliche und kaufmännische Ausbildung bekommen. Wir stimmen der Leistung unserer auswärtigen Politik in. Wir wünschen nur, daß diese Tätigkeit nicht durch impulsive Eingebungen und Ausgebungen gestört wird. Der Reichstagsrat mag nicht nur die Rechte der Krone wahren, sondern auch die des Volkes. Die preussische Wahlreform ist nach immer nicht gekommen und es muß nicht nur der Kontakt zwischen Militär- und Zivilgewalt gewahrt werden, sondern auch zwischen Kaiser und Kanzler. Es ist unhaltbar, daß der Reichstagsrat 9 Stunden seiner kostbaren Zeit aufopfern muß für einen dreiwertständigen Vortrag in Donaufahrungen. Es ist bedauerlich, daß dieses Jubiläumsjahr 1913 abschließt mit der schmerzlichen Enttäuschung für die freisinnlichen Vaterlandsfreunde, daß der Schaden, der angerichtet worden ist, nicht wieder gutgemacht werden soll und das gerade tut blüher noch! (Beifall links.)

Kriegsminister von Falkenhahn: Es ist nicht richtig, daß nicht schnell genug gegen den betreffenden Offizier eingeschritten worden ist. Geheimratskommission ist nicht getrieben worden. Der Offizier ist sofort zur Weichheit gezogen worden und der Kommandeur hat die Vernehmung der Rekruten eingeleitet. Aber vor Ablauf der Vernehmung septen die Proklamations- und die Vollkaufleute ein. Daß damals von einer Verlegung des Offiziers nicht die Rede sein konnte, habe ich ausdrücklich bargelegt. Was nachher in der Korde. Hg. Ja, gebanden hat, habe ich auch dem Reichstag mitgeteilt. Wehr konnte ich nicht sagen und kann es auch heute nicht sagen, denn das widerspräche dem Zwecke der Disziplinargewalt. Wollte man anders verfahren, so würde man denjenigen, die im Kriegsfalle allein die Verantwortung tragen können und die daher auch im Frieden allein tragen müssen, diese aus der Hand wenden und man würde damit den Grundstein unterhöhlen, auf dem unsere ganze Armee ruht. Auch hier im Hause ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es unbedingt nötig ist, den zuständigen Disziplinargewalt zur Ausübung ihrer Disziplinargewalt Selbständigkeit und Dienstansprüche zu geben. Wie

dies aber bei einer öffentlichen Kritik möglich sein soll, weiß ich nicht. Die Maßregel der Verlegung des Regiments aus Javern war notwendig. Dann kann man schließlich nicht mehr lange bedenken, ob jemand dabei geschädigt wird oder nicht. (Beifall rechts, Vaden des der Linken.) Nach Ausführungen des Polen v. Korawski und des Reichstagsrats Frhr. v. Camp nahm

der Reichstagsrat

das Wort, um zu der Arbeitswillensfrage-Ausführungen zu machen. Er erklärte: Gegen Auswärtige des Koalitionswesens kann nicht eingeschritten werden durch Ausnahmegerichte, sondern nur auf dem Boden des gemeinen Rechts. Ein Grundtatung des Koalitionswesens dürfen nicht erlangen! (Beifall rechts.) Diese beiden Grundtatungen scheinen die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien zu finden. Das Koalitionswesen darf nicht eingengt werden, denn es ist eine notwendige Voraussetzung für die Arbeiterschaft und das Unternehmen für unsere wirtschaftliche Entwicklung geworden. (Zustimmung.) Es wäre aussichtslos und falsch, durch Abstreifen der Gesetzgebung einer solchen Entwicklung das Leben abzuweiden zu wollen. Das hindert aber nicht, Auswärtigen entgegenzutreten. (Zustimmung der Sozialdemokraten; Aus beiden Seiten!) Gewiß, es muß durchaus paritätisch vorgegangen werden, und das kann geschehen auf dem Boden des gemeinen Rechts. Es ist nun vorgeschlagen worden, eine Neubearbeitung der Gesetze über die zivilrechtliche Haftung der Koalitionen. Dabei drängt sich von selbst die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine auf. Diese Frage, der zivilrechtlichen Haftung und der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist aber, so oft sie angefaßt worden ist, noch nicht zur geschichtlichen Durchführung reif. Nun habe ich schon vor drei Jahren gesagt, daß bei der Strafrechtsreform die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Individuums stärker geschützt werden müsse. Von der Kommission sind entsprechende Paragraphen in den letzten Strafrechtsentwurf aufgenommen worden. Als unser Strafrechtbuch erlassen wurde, bestand sich das Koalitionsrecht noch in den Anfängen. Man hatte nur die Angriffe des Individuums auf das Individuum im Auge. Die Gesetzgebung muß den Gang der Entwicklung fürchten, ein Strafrecht muß ihr Rechnung tragen. Die Wirkung davon allein wird aber nicht groß sein. Wenn der Terrorismus jetzt nicht überall gefaßt wird, so geschieht es oft, weil es an den nötigen Zeugnissen fehlt. Die empfindlichsten Folgen des Terrorismus äußern sich nicht in Angriffen, sondern in Unterlassungen, die strafrechtliche nicht zu lassen sind und welche sogar noch zunehmen werden. Wirksam Hilfe wird nur durch ein allgemeines Ausschließen des Volksempfindens gegen diesen Terrorismus gebracht. Man kann nicht immer von „Scharfmacherei“ sprechen. Die Ausführungen des Industriekongresses des Hansabundes sind sehr beachtenswert. Die Reichsregierung ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den tatsächlichen Erscheinungen voll bewußt und wird auch die während der Kette spielen. Sie schlägt dem Reichstag die Maßnahmen vor, die erforderlich sein werden, und ich habe vor längerer Zeit den Staatssekretär des Innern erwidert, die Erfahrungen, die im Laufe der deutschen Arbeitsfreistellung gesammelt worden sind und die sich in anderen Ländern ergeben haben, zusammenzustellen. Diese Denkschrift hoffe ich bald dem Reichstag vorlegen zu können und diese Denkschrift wird uns die Grundlage geben für die Handhabung der bestehenden Gesetze und für die etwaige Notwendigkeit neuer Maßnahmen. — Hinsichtlich der Vorgänge in Javern ist zu maßgebender Stelle keine Meinungsänderung eingetreten. Auch ist kein Rücktritt der Regierung zu befürchten, wie Graf Westarp angedeutet hat. Ich hoffe, daß die Sozialdemokratie, die diese Angelegenheit zum willkommenen Anlaß genommen hat, um gegen die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers und des obersten Kriegsherrn und gegen die Armeen einen förmlichen Sturm einzuleiten (große Lärme) für immer stiller bleiben wird. Widerspruch links, lebhafter Beifall rechts.)

Darauf wird die Weiterberatung am Donnerstag 11 Uhr vertagt. Schluß 7 Uhr. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Die Agrarkommission der Fortschrittlichen Volkspartei.

Die Agrarkommission der Fortschrittlichen Volkspartei, die auf Beschluß des Mannheimer Parteitag gebildet worden ist, trat am Montag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Nachdem Abg. Dr. Wiermer, der Vorsitzende der Kommission, die in großer Zahl erschienenen Mitglieder aus dem Lande, sowie die gleichfalls zahlreich anwesenden fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten begrüßt hatte, wurde zunächst beschlossen, aus mehreren Provinzen, die noch nicht in der Kommission vertreten sind, je einen Delegierten zu kooptieren. Darauf einige man sich über die Art, wie in den verschiedenen Landesteilen landwirtschaftliche Erhebungen durchzuführen unter den Parteigenossen anzustellen sind. Nunmehr trat die Kommission in eine allgemeine Besprechung über die Agrarfrage ein. Sie wurde eingeleitet durch längere Darlegungen des Abg. Hoff, der unter Vorbringung von interessantem Material besonders auf den seit Inkrafttreten der neuen Handelsverträge festzustellenden Rückgang der Viehhaltung und die Steigerung des Körnerbaues seit derselben Zeit hinwies und der die Rückwirkung des Einfuhrsystems auf unsere Getreideproduktion beleuchtete. Hieran schloß sich eine sehr ausgedehnte Diskussion, in der namentlich praktische Landwirte das Wort nahmen.

Berlin, 19. Dez. Die angekündigten sozialdemokratischen Anträge wegen Streichung der Gehälter des Reichstagsrats und des Kriegsministers können nach der Geschäftsordnung erst bei der zweiten Sitzungsberatung eingebracht werden, also erst Ende Januar. Es werden, wie man im Reichstag annimmt, von keiner bürgerlichen Fraktion unterstützt werden.

Berlin, 11. Dez. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat Scheidemann zum Vorsitzenden gewählt. Die Fraktion wird eine Interpellation über die Weidenburgische Verfassungsfrage einbringen. — Man rechnet für Samstag mit einer einhalbtägigen Ermächtigung des Reichstagsrats.

München, 11. Dez. Die bayerische Regierung hat im Landtag eine Vorlage eingebracht, die 75.000 Mark für Zuschüsse an diejenigen Gemeinden fordert, die die Arbeitslosenversicherung einführen.

Köln, 9. Dez. Das Oberversicherungsamt hat 22 Krankenkassen gestattet, die baren Leistungen der Krankenversicherungen auf zwei Drittel des gesetzlichen Krankengeldes zu erhöhen. In Bonn ist zwischen den Kassen und Ärzten eine Vereinbarung auf fünf Jahre zustande gekommen.

Strasbourg, 10. Dez. Der Parteivorstand der elsässischen Fortschrittspartei ist zu einer Besprechung für kommenden Samstag zusammenberufen worden. In hiesigen Zentrumskreisen ist starke Stimmung dafür vorhanden, der elsässischen Regierung das Budget abzuziehen und damit ihren Rücktritt zu erzwingen. Ein außerordentlicher Parteitag wird sich mit dieser Frage befassen.

Ausland

Newyork, 11. Dez. Die nördliche Hälfte der Vereinigten Staaten ist von einem heftigen Wintereinbruch heimgegriffen worden. Der Bahnverkehr ist gestört. Auf den Großen Seen wüten heftige Stürme. Auf dem Michigan-

und dem Erieer sind drei Dampfer mit allen an Bord befindlichen Personen gesunken.

Mexico, 11. Dez. Der mexikanische Kongress annullierte die Präsidentenwahl und setzte die Neuwahlen für den 6. Juli 1914 an. Querta wurde zum provisorischen Präsidenten bis zu diesem Zeitpunkt erklärt. — General Salazar steht mit 4000 Infurgenten vor der Stadt Tampico, aus der die Ausländer fliehen.

Württemberg.

Aus den Kommissionen.

Der Ausschuss für innere Verwaltung setzte die Beratung des Unfallfürsorgegesetzes fort. Artikel 2 und die Leistungen der Fürsorgekasse (Ruhegehalt usw.) seit 1. 1-5 wurden nach der Fassung des Regierungsentwurfs angenommen. Zu Art. 6 wurden von dem Berichterstatter Andre und dem Mitberichterstatter Mattutat Abänderungsanträge gestellt, die aber im Laufe der Debatte zurückgezogen wurden. Art. 6 wurde in folgender Fassung angenommen: „Nach dem Wegfall des Dienstvertrages sind dem Verletzten außerdem die noch erwachsenden Kosten der Krankenbehandlung (§ 558 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung) zu ersetzen. Die vorher erwachsenden Kosten der Krankenbehandlung können dem Verletzten, auch wenn er keinen Anspruch auf Ruhegehalt oder Rente hat, ersetzt werden.“ Berichterstatter Andre stellte einen weiteren Antrag, der noch besondere Leistungen vorsieht für Fälle von besonders bedeutsamer Anstrengung zur Rettung von Menschenleben. Der Staatsminister des Innern hatte grundsätzlich gegen diesen Antrag nichts einzuwenden. Mit der Tendenz dieser Anträge war man allgemein einverstanden. Es wurde jedoch beschlossen, diesen Zusatz erst bei Art. 16 einzufügen. Art. 3 regelt die Hinterbliebenenbezüge. Ein Zusatzantrag des Berichterstatters, der invaliden Witwe (§ 1258 der RVO.) mindestens 350 Mark zu gewähren, wurde einstimmig angenommen, im übrigen der Art. 3 im Wesentlichen nach dem Regierungsentwurf genehmigt. Dem Art. 4 des Art. 3 wurde ein Antrag des Abgeordneten Dr. Keel noch angehängt: „Bei Dienstvertragsunterbrechung kann die Abfindung bis zum dreifachen Betrag der Witwenrente gewährt werden.“ Zu Art. 4 wurde vom Berichterstatter beantragt: „Die Fürsorge kann auch Verletzten gewährt werden, die auf dem Wege von und zur Dienststelle verunglückt sind; hierüber entscheidet der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Ministeriums des Innern endgültig.“ An diesen Vorschlag knüpfte sich eine eingehende Besprechung. Mit der Tendenz des Antrags war man allerseits einverstanden. Der Mitberichterstatter stellte den Antrag, für diese Fälle eine Maßvorschrift vorzuschreiben. Der Staatsminister trat für den Regierungsentwurf ein und machte Bedenken gegen die gestellten Anträge geltend. Dasselbe geschah von einem Redner der Zentrumspartei. Die Beschlussfassung wurde angehängt. Schluß halb 2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

Nochmals der Wehrbeitrag.

Da Wert darauf gelegt werden muß, möglichst bald der Reichskasse die aus dem Wehrbeitrag stehenden Mittel zur Verfügung zu stellen, so hat das Finanzministerium angeordnet, das Veranlagungsgeschäft mit allem Nachdruck zu betreiben. Nach Einlauf der Vermögenserklärungen sind diese sofort zu prüfen und etwaige Anstände mit dem Beitragspflichtigen, soweit immer möglich, in persönlichen Besprechungen zu erörtern. Die Beitragspflichtigen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, ebenso solche Personen, die nach ihrer Vermögenserklärung nur Kapitalvermögen oder neben solchen nur geringfügiges anderes besitzen und im wesentlichen nur ein Einkommen aus Kapitalien und Renten beziehen, sind ohne Mitwirkung der Einkommensteuerermittlungskommissionen von dem Kommissionsvorsitzenden nach der Beginn der Einkommensteuerermittlung zum Wehrbeitrag zu veranlagern und ist nach vollzogener Veranlagung der Veranlagungs- und der Feststellungsbescheid den Beitragspflichtigen zuzustellen. Die öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärungen wird spätestens am 10. Januar erlassen. Maßgebend für die Beitragsberechnung ist beim Vermögen der Stand vom 31. Dezember 1913, beim Einkommen das Gesamtergebnis der Einkünfte auf 1. April 1914. Durch die Zusammenlegung der Wehrbeitragsveranlagung und der Einkommensteuerermittlung auf 1. April 1914 wird das Veranlagungsgeschäft gewiss nicht vereinfacht. Es wäre offenbar rascher gegangen, wenn man die Einkommensteuerermittlung auf 1. April 1913 als festgesetzt auch für den Wehrbeitrag genommen hätte. Der Wehrbeitrag dürfte auch infolge der ungünstigen Konjunktur des Jahres 1913 gegenüber 1912 in den meisten handelsgerichtlichen Branchen den erhofften Betrag aus dem Bundeshaat Württemberg kaum erreichen. Die infolge des Generalsparadons einfließenden Mehrbeträge können aber immerhin einen Ausgleich schaffen. Es sollen auch schon einige fette Brocken für die Staatskasse abgefallen sein.

Das Redardouanomitee

hat am 9. Dezember in einer zahlreich auch von hervorragenden Mitgliedern aus Waben besuchten Sitzung in Stuttgart unter Vorsitz des Geh. Hofrats Dr. v. Jobst folgende Resolution gefaßt:

„Im Hinblick 1) auf das von Jahr zu Jahr steigende, immer unabwiesbarer werdende Bedürfnis von Handel und Industrie der Redaruserstaaten, sich im Konkurrenzkampf die mächtigen Hilfsquellen der Großschifffahrt nutzbar zu machen, 2) auf die aus den Fortschritten der Mainanalfierung — wie übrigens auch durch die bevorstehende Öffnung des Rhein-Hannover-Kanals — den Interessen dieser Wirtschaftskreise durch jede weitere Verzögerung der Redaranalisation drohenden und durch eine verspätete Inangriffnahme kaum wieder gut zu machenden wirtschaftlichen Schädigungen, weist das Redar-Donau-Komitee mit erstem Nachdruck auf die dringende Notwendigkeit einer dem bayerischen Vorgehen entsprechenden sofortigen Inangriffnahme der Bauausführung des reichsgesetzlich geplanten Großschifffahrtsweges auf dem Redar nach den seit Jahren bereits fertiggestellten Plänen hin und bittet demzufolge die württembergische Regierung, zum Zwecke der Herstellung dieses Großschifffahrtsweges eine Verständigung mit der badischen und hessischen Regierung so rasch als möglich herbeizuführen. Dieser Beschluß soll gleichzeitig den bad. und hessischen Regierungen zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um tunlichste Unterstützung und Förderung unterbreitet werden.“

Ein ausführlicher Bericht über die Sitzung folgt.

Zum Sonntagruhe-Gesetz im Handelsgewerbe hat der Verband württ. Industrieller in seiner Ausschuss-



ung am 8. Dezember d. Js. Stellung genommen und zwar zu der Ziffer 2 des § 1 dieses Gesetz-Entwurfs, wonach die übrigen Handelsgewerbe, d. h. in den Kontoren an Sonntagen die höhere Verwaltungsbehörde sowie durch Statutarbestimmung die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband eine Beschäftigung bis zu 2 Stunden zulassen kann. Der Verband kam zu folgender Entscheidung: In den kaufmännischen Kontoren der Industrie ist die völlige Sonntagsruhe praktisch heute so gut wie allgemein durchgeführt; ein Bedürfnis zur Sonntagsarbeit in diesen Kontoren ist im allgemeinen nicht vorhanden, so daß das gesetzliche Verbot dieser Sonntagsarbeit nicht zu beanstanden wäre. Wenn der Entwurf eines Gesetzes betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe für die Kontore eine Beschäftigung bis zu 2 Stunden an Sonntagen zulassen und diese Erlaubnis der höheren Verwaltungsbehörde bzw. der kantonalen Bestimmung der Gemeinden vorbehalten will, so dürfte diese Vorschrift auch den etwa noch vorhandenen Bedürfnissen nach Sonntagsarbeit in Kontoren vollumfänglich gerecht werden.

Stuttgart, 9. Dez. In der Schwäbischen Tageszeitung wird mitgeteilt, daß eine kleine Schurwaldgemeinde, die ihren Wald seit 24 Jahren zu einem niedrigen Preis, zuletzt um 150 Mark verpachtet hatte und wo die Jagd hauptsächlich durch die Beamten der Hofkammer oder durch den Forstwart ausgeübt wurde, mit Rücksicht auf ihre schlechten Finanzen genötigt war, die Jagd an einen Liebhaber aus Göttingen, der 300 Mark für das Jahr bewilligte und diese Pacht auf 6 Jahre vorausbezahlte, zu verpachten. Einen Monat vor der Verpachtung hatte die Gemeinde die königliche Hofkammer in Stuttgart von dem erhöhten Pachtangebot in Kenntnis gesetzt, aber die Antwort erhalten, die Hofkammer werde nicht mehr bezahlen, dagegen soll es sich der Gemeinderat überlegen, ob er die Folgen in Gestalt schwerwiegender Nachteile bei einer anderweitigen Verpachtung der Jagd tragen wolle. Da die Gemeindeglieder es aber für ausgeschlossen hielten, daß die Beamten des Königs sich von kleinlichen persönlichen Gesichtspunkten leiten lassen könnten, wurde die Jagd an den Göttinger Liebhaber verpachtet. Die Folgen blieben nicht aus. Eines Tages wurde angeordnet, daß ein Gemeinderat, der Sohn eines Gemeinderats und ein Bürgerausschuhmitglied nicht mehr als Holzhauser in den hofkammerlichen Waldungen beschäftigt werden dürfen. Die Schwäbische Tageszeitung hofft, daß die falschen Maßnahmen zurückgenommen und die erregten Gemeindeglieder beruhigt werden.

Stuttgart, 11. Dez. (K. Hoftheater). In der Zeit vom 7.—23. Dezember finden im Großen Hause folgende Vorstellungen zu ermäßigten Preisen und bei frühzeitigem Beginn der Aufführung (im Abonnement) statt: am Dienstag 16. Dez.: Händel und Gretel, Freitag 19. Dez.: neu einstudiert: Josef in Ägypten, am Samstag 20. Dez.: Don Carlos, Montag 22. Dez.: Die Körnerberger Puppe, Sonne und Erde, am Dienstag 23. Dez.: Josef in Ägypten. Alle diese Vorstellungen beginnen um 6 Uhr. Preise 1. Parterre 3.50 M. u. c. Ferner finden im Kleinen Hause am 17., 20. und 21. Dezember Nachmittagsvorstellungen für Kinder statt. An diesen drei Tagen kommt zur Aufführung: Kollapppen, dramatisches Kindermärchen von Tied, Die Märchen von Alexandrine Hoff, und in „Schlußbild und Weihnachtsspiel“. Für diese drei Vorstellungen, die je nachmittags halb 3 Uhr beginnen und etwa um halb 5 Uhr endigen, sind besonders ermäßigte Preise angelegt (1. Parterre 1.40 M. u. c.), die auf dem täglichen Theaterzettel zu sehen sind. Der Kartenverkauf für sämtliche vorstehend genannte Vorstellungen beginnt am Montag den 15. Dezember an den beiden Hoftheaterkassen des Großen Hauses.

Stuttgart, 10. Dez. Der Direktor der Württembergischen Bankanstalt, Geheimrat Kommerzienrat Karl Eisenlohr, ist an den Folgen eines Unfalls, den er Ende der vorigen Woche durch die Straßenbahn erlitten hatte, heute nachmittag gestorben.

Sindelfingen, 11. Dez. Bei der gestrigen Gemeindevorwahl haben von 849 Wahlberechtigten 684, also 80,5 Prozent, abgestimmt. Der Zettel der Fortschrittlichen Volkspartei ist vollständig durchgeschlagen; auf die 5 gewählten Mitglieder fielen 631 bis 394 Stimmen. Die Sozialdemokratie brachte es auf 253 bis 190 Stimmen.

Löwenstein, 8. Dez. Auf die 1. Stadtparzelle hier wurde der Parteidirektor Karl Straß in Lindach nominiert; ihm geht der Ruf eines tüchtigen Kanzleibekleideten und leistungsfähigen hilfsbereiten Seelsorgers voraus. Der 2. Stadtparzelle Hoffmann hatte sich um die 1. Stelle nicht beworben, weil er so bald wie möglich in das höhere Lehramt übertreten will. Mit der Erledigung der 2. Stadtparzelle wird diese dann nicht mehr ständig besetzt, da das Filial Weisach mit der Gemeinde Weiler vereintigt werden wird; das Filial Höttingen wird bei Löwenstein bleiben.

Lehringen, 10. Dez. Bei der gestrigen Gemeindevorwahl hat der Zettel des Bundes der Landwirte und Parteilofer den Sieg davongetragen. An erster Stelle stehen aber die beiden Kandidaten, welche er vom Zettel der vereinigten liberalen Parteien herübergenommen hat: Professor Goppelt von der Deutschen Partei und Kaufmann Bloch von der Volkspartei mit 394 bzw. 396 Stimmen. An dritter Stelle steht das DN-Mitglied Carl vom Bund der Landwirte mit 253 Stimmen und an vierter Stelle der frühere Gemeinderat Fächtnet sen. als Parteilofer mit 246 Stimmen. Unterlegen sind die beiden völksparteilichen Kandidaten, der seith. Gemeinderat Rappier und Güterbeförderer Schardt. — Unabgeänderte Zettel wurden abgegeben vom Bund der Landwirte und Parteilofer 156, von den vereinigten liberalen Parteien 102, worin obiges Resultat begründet ist.

Hall, 10. Dez. Von 1053 Wahlberechtigten haben bei der Gemeindevorwahl 837 abgestimmt. Die Sozialdemokratie ging leer aus. Gewählt wurden Bertmeier Schindler, Rechtsanwalt Schuff, Landig zum Kurfürsten, Fabrikant Groß und Privatier Otterbach.

Schorndorf, 10. Dez. Das hiesige Stadtschultheißenamt gibt folgenden bekannt: Durch Beschluß der Strafkammer des kgl. Landgerichts Ulmangen vom 4. ds. ist Stadtschultheißen Wöhrle unter Uebernahme der Kosten des Verfahrens auf die Staatskasse außer Verfolgung gesetzt worden. Der Herr Stadtschultheißen, der auf den Rat des Stadtvorstands freiwillig im Enderkenntnis mit dem Gemeinderat sofort nach Bekanntwerden der strafrechtlichen Verfolgung die Kassenschlüssel an den Stadtvorstand übergeben hatte und seinem Amte ferngeblieben war, hat seinen Dienst wieder angetreten. Ueber den näheren Sachverhalt wird Stadtschultheißen Wöhrle nach Prüfung des Aktenmaterials eingehende öffentliche Aufklärung geben. Wie erinnerlich, ist das Verfahren gegen Stadtschultheißen Wöhrle auf Grund einer Denunziation eingeleitet worden, die sich jetzt als völlig gegenstandslos erwiesen hat.

Zübingen, 10. Dez. Der Hauptauschuß des 30. Allgemeinen Schwäbischen Sängertages, das Juni unter Leit-

nahme von 12000 Sängern aus allen Teilen Schwabens stattfand, hielt gestern seine Schlußsitzung ab. In dieser wurde u. a. die endgültige Abrechnung vorgelegt. Sie ergab einen Abmangel von 2622 M. Die Stadt soll angegangen werden, ihn zu decken und wird diesem Ansuchen wohl auch entsprechen. Ueber die Erfahrungen, die die einzelnen Ausschüsse bei den Vorbereitungen des Festes und bei diesem selbst machten, werden Niederschriften angefertigt und diese den Allen einverleibt, sobald die Städte, in denen spätere Lieberfeste stattfinden, jedenfalls daraus willkommene Fingerzeige gewinnen können. Der Vorsitzende des Zentralauschusses sprach Allen, die zum Gelingen des herrlichen Festes beitrugen, den Dank aus. Oberbürgermeister Haußer sprach dem Vorsitzenden des Zentralauschusses Dank und Anerkennung aus.

Geislingen, 9. Dez. Bei den gestrigen Gemeinderatswahlen hat die Fortschrittliche Volkspartei glänzend abgeschnitten. Von fünf Sitzen erhielt sie drei, die Nationalliberale Partei einen und die Sozialdemokratie auch einen Sitz. Gewählt wurden: Jhs. Kröner Verbermeister (Sp.), Eugen Bergmeister, Kaminspinner (Sp.), Konrad Schöble, Fabrikverwalter (Sp.), Robert Schmid Schlossermeister (Nat.), Georg Preßmar Schreinermeister (Soz.). Der Vorstand der Natl. Partei, welcher als erster auf dem Zettel stand, vermochte nicht durchzudringen.

Friedrichshafen, 10. Dez. Das seit dem 22. November unter dem Kommando des Hauptmanns George in Gthaer Luftschiffhafen liegende neueste Luftschiff J. 6 hat in den letzten Tagen eine Reihe von Abnahmefahrten absolviert. Es flog bei denselben leicht auf und erreichte bald die gewünschte Höhe. Diese Fahrten waren teilweise von erheblicher zeitlicher und räumlicher Ausdehnung und hatten den Zweck, die Manövrier- und Steigfähigkeit des Flugzeugs zu erproben. Dem Vernehmen nach hat das Luftschiff die Proben gut bestanden, so daß seine endgültige Uebernahme in militärische Verwaltung nahe bevorsteht.

Nah und Fern.

Stück im Anglud.

Auf der Staatsstraße nach Waldhausen bei Lorch wollte der Milchfuhrmann Fr. Scheuing aus Weimars auf seinem Fuhrwerk die Milch auf den Abendzug zur Station Waldhausen fahren. Er ließ neben seinem Pferd und Wagen dahin. Das Fuhrwerk war beleuchtet. Da fuhr plötzlich, trotzdem er mit seinem Gespann zur Seite ausgewichen war, das Auto eines Güterbeförderers aus Schornau auf den Wagen hinein. Das Fuhrwerk samt Fuhrmann wurden die Straßenböschung hinunter geschleudert. Der Wagen wurde vollständig demoliert, die Milch lief aus den Kannen. Das Pferd lag auf dem Rücken und der Fuhrmann selbst wurde mehrere Meter weit hinausgeworfen. Mann und Pferd mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Wäsche des Autos ging in Trümmer und der Wagen selbst mußte aus dem Straßengraben herausgeschafft werden. Im Auto saßen 6 Personen, Leicht hätte für mehrere Personen diese Fahrt die letzte sein können.

Der Türke als Heiratschwindler.

Der 23 Jahre alte Türke Rassis Kurail ist in Berlin verhaftet worden. Er hatte sich vor einiger Zeit nach Stuttgart begeben und sich hier als angeleglicher Pferde- und Teppichhändler ein sorgentriees Leben durch Wirtschwindeln zu verschaffen gewußt. Als ihm schließlich mehrere Anzeigen drohten, legte er sich auf den Heiratschwindel. Einem heiratslustigen Mädchen schwindelte er, laut Würt. Jtg., in kurzer Zeit 2700 Mark ab. Damit besahnte er zunächst seine Logischulden und verschwand mit dem Rest des Geldes nach Berlin. Nachdem er sich in Berlin längere Zeit unter falschem Namen aufgehalten hatte, wurde er in einem Logis im lateinischen Viertel ermittelt und festgenommen. Es wird angenommen, daß er seinen ganzen Lebensunterhalt ausschließlich durch Betrügereien erworben hatte.

Wie es gehen kann oder Nutzen der Presse.

In dem neuesten Buche von Harrer Hansjacob: „Allerlei Leute und allerlei Gedanken“ sind Lebensschicksale verschiedener Unterarten und Entgleisler, der Handwerksburschen und Stromer, wie sie dem gerne die Leute ausstragenden Schriftsteller in die Hände geraten, beschrieben. Das Wanderleben eines solchen Mannes aus der Hohenzollerischen Gemeinde Steinhausen bei Heddingen hat dem Redakteur S. in Oberndorf Gelegenheit, das volkswirtschaftliche Leben und die Volkskunde der Hohenzollerischen Gemeinde vor Jahrzehnten mit dem Bilde des von Hansjacob geschilderten wandernden Mauters „Mathele“ aus Steinhausen in einem Heddingen Blatte wiederzugeben. Das Blatt wird in Steinhausen gelesen. Dabei stellt sich heraus, daß ein Sohn des „Mathele“, der in der Schweiz tödlich verunglückte, mit 6000 Fr. versichert war und der gesetzlich zum Empfang dieser Summe berechnigte Verwandte, der Vater, bisher nicht ermittelt werden konnte. Nach wenigen Tagen und die Zeit wäre abgelaufen gewesen. Da gelang es durch das S.che Feuilleton in dem oben genannten Blatte und durch Stadtparzer Hansjacob in einem Krankenhaus bei Freiburg den „Mathele“ ausfindig zu machen, der natürlich über diese unerwartete Erbschaft hoch beglückt ist.

Ein New Yorker Restaurant ausgeplündert.

Fünf bewaffnete Banditen drangen in ein Restaurant am unteren Broadway zu New York ein und zwangen den Besitzer, ihnen die Kasse auszuliefern. Dann gingen sie in die Restaurationsräume und veranlaßten die Besucher mit vorgehaltenen Revolvern, sich mit hoherhohen Händen an die Wand zu stellen. Während drei der Räuber die beklagten Gäste mit Revolvern in Schach hielten, plünderten die übrigen ihnen in aller Seelentruhe die Taschen aus. Dann verschwand die Bande mit ihrer Beute in einem Automobil. Die Verfolgung verlief ergebnislos.

Alte Nachrichten.

Der 54 Jahre alte Friedrich Wolf von Steinbach O. A. Craisheim wurde beim Fällen einer Lärme im Stimpelbacher Wald von einem in verkehrter Richtung fallenden Stamm zu Boden geschlagen und so schwer verletzt, daß er auf dem Heimtransport starb. Er hinterläßt eine Frau mit 6 Kindern.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 9. Dez. Eine intensive Diebstahlstätigkeit entfaltete der Tagelöhner Eugen Fried, der heute vor der Strafkammer stand. Zur Last gelegt waren ihm 16 teils einfache, teils schwere Diebstähle. Zunächst fuhr er in einem Neubau einem dort beschäftigten Arbeiter aus der aufgehängten Weste die Uhr und führte dann in rascher Folge noch 5 solche Diebstähle aus. Zwischenhinein rahl er ein Fahrrad und beanbte einen Schaufelkasten. Dann wandte er

sich Kammerdiebstählen zu. In einem solchen Fall schlich er sich nachts in die Kammer von Badergesellen ein und entwendete zwei Anzüge und eine Uhr. Mehrere Diebstähle hat er gemeinschaftlich mit dem gleichfalls aus der Anstalt Schönwühl entwöhlenen Fürsorgegeling Lehmann, der aber bereits schon abgerichtet worden ist, verübt. Die gestohlenen Sachen verbrachte der Angeklagte in die Wohnung des Arbeiters Markus Stengle, wo er auch Unterschlupf fand. Stengle und seine zwei Töchter ließen sich von Fried eine Reihe von Gegenständen schenken. Die Strafkammer billigte dem Angeklagten Fried mit Rücksicht auf seine Jugend mildernde Umstände zu und erkannte gegen ihn auf 3 Jahre Gefängnis. Stengle erhielt wegen Hehlerei 7 Monate Gefängnis, wobei seine Vorstrafen in Betracht gezogen wurden. Die Töchter bekamen wegen Hehlerei 2 und 3 Wochen Gefängnis. Frau Stengle wurde wegen Begünstigung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Heilbronn, 8. Dez. Strafkammer. Der 29 Jahre alte ledige Hausburche Karl Raich, dem ein umfangreiches Vorstrafenverzeichnis vorgehalten wurde und der gegenwärtig wegen Diebstahl eine von der Strafkammer in Gießen am 18. November d. J. ausgesprochene Gefängnisstrafe von 9 Monaten verbüßt, hatte sich wegen Diebstahl im Rückfall und die Mitangeklagten, der 34 Jahre alte verheiratete Spengler und Installateur Karl Basenmüller und dessen Bruder, der 33 Jahre alte verheiratete Schneidermeister Adam Basenmüller, sämtlich in Frankfurt a. M., hatten sich wegen Hehlerei zu verantworten. Der Angeklagte Raich hat in der Nacht vom 14. auf 15. August d. J. in Bierheim in einem Schuhwarengeschäft einen Einbruch verübt. Er hat dort ca. 25 Paar Herren- und Damenstiefel im Wert von über 300 Mark gestohlen. Die gestohlenen Stiefel brachte er nach Frankfurt in die Wohnung der mitangeklagten Eheleute Karl Basenmüller, die sie in Verwahrung nahmen und sich fünf Paare davon schenken ließen. Der Mitangeklagte Adam Basenmüller kaufte ein Paar der gestohlenen Stiefel um 5 Mark. Der Angeklagte Raich wurde wegen eines Verbrechens des Diebstahls im Rückfall unter Einrechnung der von der Strafkammer Gießen ausgesprochenen Strafe zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren 3 Monaten und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt. Der Angeklagte Karl Basenmüller erhielt wegen eines Verbrechens der Hehlerei eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Adam Basenmüller wurde mangelnder Beweise halber von der Anklage der Hehlerei freigesprochen.

Handel und Volkswirtschaft.

Der Saatenstand im Reiche.

Der Saatenstand im Deutschen Reiche war im Anfang Dezember, wenn 2 gut und 3 mittel bedeutet: Winterweizen 2,3 (im Vormonat 2,5, im Dezember 1912 2,8), Wintersele 2,1 (2,3 und 2,9), Winterroggen 2,3 (2,5 und 2,8). — In den Bemerkungen des Statistischen Amtes über den Saatenstand des Deutschen Reiches heißt es: Der Verlauf der Witterung im November war im ganzen Reiche für die Herbstsaaten recht günstig. Sehr zahlreich waren die Mägen über das noch immer häufige Auftreten von Feldmäusen und über starken Schneeeinsturz, der stellenweise schon Umflügungen von Neusaaten veranlaßte. Die Winterweizen weihen im allgemeinen einen guten Stand auf. Frühweizen bestanden kräftig und stehen vielfach so üppig, daß ein trodener Frost vor Eintritt der Schneedecke sehr erwünscht ist, damit nicht Fäulnis eintrete. Auch die späteren Saaten aller drei Früchte zeigen gute Entwicklung; nur vereinzelt soll der Stand zu wünschen übrig lassen.

Vieh- und Schweinemärkte.

Varlerode: Viehmarkt. Zufuhr: 28 Ochsen, 10 Bullen, 30 Rülhe, 28 Färjen, 104 Rülber, 844 Schweine. Es wurde bezahlt: für 50 Kilo Schlachtgewicht: Rinder: 1. Qual. 98—101 M., 3. Qual. 94—96 M., 4. Qual. 90—92 M., Bullen: 1. Qualität 88—90 Mark, 2. Qualität 84 bis 86 M., 3. Qualität 80—82 M., Rülhe, 38 Färjen, 104 Rülber, 844 Schweine. Es wurde bezahlt für 50 Kilo Färjen: 3. Qualität 88—96 M., 4. Qualität 80—82 M., 5. Qualität 64—70 M., Rülber 3. Qualität 100—110 M., 4. Qualität 93—107 M., 5. Qualität 88—103 M., Schweine von 80—100 Kilo: 73 bis 77 M., Tendenz des Marktes: langsam.

Hall: Auf dem Schweinemarkt machte sich ein sehr starker Geschäftsgang bemerkbar, der wohl auf den ganz bedeutenden Rückgang der Preise zurückzuführen sein wird, die Landwirte zeigten sich deshalb beim Verkauf sehr zurückhaltend. Von nahezu 700 zugeführten Rülhschweinen kamen nur 400 zum Verkauf zum Preis von 45—50 M für erste Qualität, 40—45 M für zweite und 35—40 M für dritte Qualität. Umsatz 8500 M.

Nördlingen: Dem Schweinemarkt waren zugeführt 642 Sau Schweine und 82 Käufer. Verkauf wurden 562 Sau Schweine und 42 Käufer. Die Preise betragen für das Paar Sau Schweine 30—51 M für das Paar Käufer 73—90 Mark.

Regensburg: Viehmarkt. Zufuhr: 48 Ochsen, 23 Rülhe, 43 Stiere, 11 Jungrinder 138 Rülber, 316 Schweine, 20 Säuße, 4 Kämmer und Rülhe. Preise für 50 Kilo Schlachtgewicht: nicht: Ochsen: 1. Qual. 98—100 M., 2. Qual. 92—94 M., 3. Qual. 85—90 M., Rülben und Rülhe: 1. Qual. 85—90 M., 2. Qual. 70—75 M., 3. Qual. 60—65 M., Stiere: 1. Qual. 82—84 M., 2. Qual. 78—80 M., 3. Qual. 74—75 M., Rülber: 1. Qual. 70 M., 2. Qual. 65—68 M., 3. Qual. 60—62 M., Schweine: 1. Qual. 73—74 M., 2. Qual. 70—72 M., 3. Qual. 68—72 M., 4. Qual. 55—62 M., Säuße: 1. Qual. 82 M., 2. Qual. 75 M., 3. Qual. 70 M., 4. Qual. 65—68 M. Der Schweinemarkt war besetzt mit 110 Stück Spanferkel. Verkauf wurden circa 400 Stück. Die Preise für das Paar Ferkel betragen 12—34 M.

Seinheim: Dem Schweinemarkt waren zugeführt 311 Stück Rülhschweine, verkauft wurden alle, das Paar zu 20—25 M. Käufer waren 31 Stück zugeführt, verkauft wurden 28 Stück, das Paar zu 46 bis 52 Mark.

Stollweil: Dem Schweinemarkt (Nilsau Markt) wurden 131 Rülhschweine zugeführt. Der Handel war nicht besonders lebhaft, ein größerer Rest blieb unverkauft. Bezahlt wurde 32—45 M. je pro Paar. Am Samstag den 6. ds. Mts. wurden 292 Rülhschweine und 2 Käufer zugeführt. Der Handel war lebhaft, so daß die ganze Zufuhr bis auf einen kleinen Rest verkauft wurde. Bezahlt wurde für Rülhschweine 34—42—50 M. für Käufer 80 M. je pro Paar.

Tuttlingen: Dem Schweinemarkt wurden zugeführt 225 Stück Rülhschweine und 4 Stück Käufer Schweine. Verkauf wurden nur 80 Stück Rülhschweine zum Preis von 29—46 M. das Paar und 3 Stück Käufer Schweine zum Preis von 62 M. Die Nachfrage war gering.

Craischheim: Unter Leitung des Viehzuchtinspektors Storz-Heilbronn wurde in einer sehr gut besuchten Versammlung eine Viehzuchtgenossenschaft für den Bezirk Craischheim gegründet, der sofort 55 Mitglieder beitrugen. Vorsitzender ist Oberamtsarzt Bong-Craischheim.

Lehringen, 10. Dez. Die hiesigen Metzger haben den Preis für Schweinefleisch von 90 auf 84 Pfg. herabgesetzt.

Letzte Nachrichten.
Strasburg, 11. Dez. In dem Prozesse gegen die angeklagten Rekruten der Zaberner Affäre lautet das Urteil gegen Dent auf 6 Wochen Mittelarrest, gegen Schaible und Bely auf je drei Wochen.

Prag, 11. Dezbr. In Kolin wurden der Pfasterer Snolik und 6 andere Personen verhaftet wegen des Verdachts, das stellenlose Dienstmädchen Marie Binduska in ihre Wohnung gelockt, drei Wochen dort festgehalten und

unter Foltern und durch Hunger zu schimpflichen Verlehn mit Männern angehalten zu haben.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. — Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Enzklösterle.
 Zu der am Sonntag, den 14. Dezbr. 1913, von nachmittags 4 Uhr an im Gasthaus „Zur Krone“ stattfindenden
50er Feier
 sind alle im Jahre 1863 Geborenen mit ihren werten Angehörigen, Freunden und Bekannten freundlichst eingeladen.
 Einige Fünfziger.

Zur Weihnachtsbäckerei
 empfehle mein anerkannt hochfeines
Konfektmehl
 (Kaiserauszug Nr. 00)
 Ferner empfehle meine stets backfertigen Deseu den geehrten Hausfrauen zur gefl. Benutzung bei aufmerksamer Bedienung.
Fr. Winkler, Wiener Bäckerei, Tel. 123

Gasthaus „Zur Eintracht“
 Samstag und Sonntag

Metzelsuppe
 wozu höflichst einladet
W. Wurz.

Als passende
Weihnachts-Geschenke
 empfehle ich
Schulranzen und -Taschen.
H. Rometsch, Sattlermeister.

Das
beste Weihnachtsgeschenk!

SINGER Nähmaschinen
 sind unübertroffen.
 Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
 Filialen überall.

Bitte beachten Sie,
 unser altbekanntes Spielwarengeschäft befindet sich
Zerrennerstrasse 12
 neben Hrn Sigmann.
Gebr. Strieder
 (Inh. J. Nopper)
Pforzheim.

Neu! Keine kalten Füße mehr! Neu!
Heizbare Fussbank
 D. R. G. M.
 Dreifachen, Wagen-, Auto-, Kirchen- und Zimmerheizung.
 Rauch- und geruchlos.
 Strohkohlen-Verbrauch: 3 Stunden 1 Pfg.
 Alleinfabrikant für den ganzen Oberamtsbezirk Neuenbürg
Johann Hetzel, Schreinerei, Wildbad.

Pfannkuch und Co.
Spezial-Offert in Weihnachts-Gänsen!
 Ab 20. Dez eintreffend
prima junge Gaisermastgänse,
 ca. 8-14 Pfd. schwer, per Pfd. 76 Pfg.
 Wir beziehen diese Qualität Gänse schon seit vier Jahren und sehen jedes Jahr ca. 4000 Stück ab. Der beste Beweis für deren Güte.
Ungar. Mastgeflügel aus der Milchmastanstalt in Nagy-Szentmiklos.
Junge Hahnen von Mt. 1.75 an bis Mt. 2.75 per St.
Poularden von Mt. 2.75 an per St.
Suppenhühner Enten.
 Zum Füllen:
Geschälte Nussanien per Pfd. 23 Pfg.
 Wir erbitten uns schon jetzt Bestellungen, um allen Wünschen unserer wert. Kundschaft gerecht werden zu können.
Pfannkuch und Co.

Turn-Verein Wildbad.
 Samstag abend 8 Uhr
Berammlung
 betr. Weihnachtsfeier.
 Der Vorstand.
 Für jede Dame ist eine hübsche, moderne
Bluse
 stets ein willkommenes Weihnachtsgeschenk.
 Unerreichte Auswahl bietet ich in
 hellen **Spitzenblusen**
 schwarzen **Spitzenblusen**
 farbigen **Sammetblusen**
 feinen **Seidenblusen**
 farbigen **Kollblusen**
 einfachen **Schaffblusen**
 Preislagen von **Mt. 2.— bis Mt. 25.—**
H. Schanz,
 Damenkonfektion,
 Telefon 130.

Christbaum-Schmuck
 — in reicher Auswahl —
 empfiehlt
Hermann Kuhn.
 Eine
Wohnung
 bestehend aus 2 Zimmern, Küche und Zubehör, hat bis 1. Jan. oder 1. Febr. zu vermieten.
Hermann Rometsch.

Verblüffend wohlfeiles Angebot **Preisermäßigung auf grosse Posten regulärer Condor-Schuhe.**



Bis 30% und mehr

Beginn: 5. Dezember

Damen-Knopfstiefel, kerniges Rossleder, bequeme Form, bisher 5.50	jetzt 4.20	Herren-Schnürstiefel, echt Chevreau, mit und ohne Lackkappen, eleg. Formen, bis 10.50	jetzt 7.90
Schnürstiefel, solides Boxleder, modern schlank Form, bisher 7.50	jetzt 4.90	Ia. Chevreau, teils mit Lackkappen, Original „Goodyear Welt“-Fabrikat, bisher 16.50, 14.40, 12.50	jetzt 11.90, 10.90, 8.90
echt Box calf-Besatz, bisher 8.75	jetzt 6.40	Gesellschafts-Stiefel, ff. Lackbesatz, „Goodyear Welt“, chicke amerik. Form, bis 18.—	jetzt 11.90
fein Chevreau mit Lackkappen, elegante Strassentiefel, bisher 10.50	jetzt 7.40	„Condor-Patent“-Schnürstiefel, „ohne zu schnüren“ D.R.P. 174299, Ia. Box calf, „Goodyear Welt“, Grösse 42-44, bisher 16.50	jetzt 10.90
Ia. Chevreau, teils mit Lackkappen, Original „Goodyear Welt“-Fabrikat, bisher 18.—, 16.50, 14.50, 12.50	jetzt 11.90, 10.90, 8.90, 7.90	Schnür-Halbschuhe, echt Chevreau, Derby, Lackkappen, bisher 10.50	jetzt 7.90
Ia. Box calf, chicke amerikan. Form „Goodyear Welt“-Ausführ., bis 12.50	jetzt 10.90	fein Kalblack, „Goodyear Welt“ bisher 12.50	jetzt 10.90
Spangenschuhe, fein Chromleder, preiswerte Tanzschuhe, bisher 4.50	jetzt 2.90	Mädchen- u. Knaben-Schnürstiefel, echt Box calf u. Chevreau, mit Lackkappen	Gr. 25-26, fr. 6.50; Gr. 27-28, fr. 7.00; Gr. 29-30, fr. 7.50
Lack-, Schnür- und Knopfschuh, teils mit aparten Mode-Einsätzen, bisher 12.50, 10.50, 8.90, 8.50	jetzt 8.90, 6.90, 6.50	jetzt 5.— Mk.; Grösse 31-32, früher 8.—, jetzt 6.50 Mk.	jetzt 6.— Mk.
„Pumps“, graziose Tanzschuh, fein Kalblack, Lederschleifchen, bisher 7.50	jetzt 5.90	Kinder-Schnürstiefel, schwarz Chevreau, Naturform	Gr. 17-21, fr. 2.75; Gr. 22-24, fr. 4.—; Gr. 25-26, fr. 4.75
		jetzt 1.95 Mk.	jetzt 1.95 Mk.; Braun Chevreau, Naturform
			früh. 3.25, jetzt 1.95, früh. 4.50, jetzt 2.95, früh. 5.25, jetzt 3.45 Mk.

Schuhwarenfabrik
Conrad Tack & Cie
 Aktiengesellschaft Burg b. Magdbg.
 Verkaufsstelle: **Pforzheim, westl. Karl-Friedrstr. 27**
 Conrad Tack & Cie G.m.b.H. Telefon 1840.

